

## ■ Groß denken für große Forschung

Die Österreichische Akademie der Wissenschaften hat eine Initiative gestartet, um in Österreich eine Art Verbundforschung zu implementieren.

Think Big – unter diesem Motto hat eine von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften eingesetzte Kommission Ende letzten Jahres eine Informationsbroschüre veröffentlicht. Diese beleuchtet



Die Extreme Light Infrastructure ist eines der Großprojekte, an denen Österreich sich künftig beteiligen möchte.

Denn viele wissenschaftliche Fragen erfordern heutzutage einen hohen Aufwand an Infrastruktur und Personal. Das verdeutlichen die Entdeckung des Higgs-Bosons am CERN oder der direkte Nachweis von Gravitationswellen bei LIGO.

Weltweit sind viele Großprojekte in Betrieb, andere wie das Cherenkov Telescope Array, die Extreme Light Infrastructure oder die Europäische Spallationsquelle befinden sich in Planung oder im Bau. Für kleine Länder ist die Teilnahme an diesen Projekten wichtig, politisch steht sie aber oft auf dem Prüfstand.

In einem ersten Schritt hat die Kommission unter Leitung des Physikers Helmut Rauch von der TU Wien daher in ihrer Informationsbroschüre die wichtigsten Großprojekte – viele davon aus der Physik – beleuchtet. Die damit verbundenen Kosten unterteilt die Broschüre in drei Kategorien: Offizielle Beteiligungskosten werden in Verträgen geregelt. Separate Projektkosten fallen meist in Verbindung mit Dissertationen oder

Masterarbeiten an. Darüber hinaus entstehen Infrastrukturkosten beim Bau und Betrieb der Anlagen. Hier sieht die Broschüre Nachjustierungsbedarf, da diese Kosten deutlich zugenommen haben. Spitzenforschung sei ohne leistungsstarke Infrastruktur aber undenkbar. In Deutschland gibt es für diesen Bereich die Verbundforschung – so etwas wünschen sich Helmut Rauch und die anderen Kommissionsmitglieder auch für Österreich.

Zudem plädieren sie dafür, dass sich Österreich frühzeitig an in Bau befindlichen Großforschungseinrichtungen beteiligt, da wesentliche neue Resultate meist kurz nach der Inbetriebnahme erzielt werden. Konkrete Zahlen zu möglichen Kosten stehen nicht in der Broschüre, diese sollen im nächsten Schritt ausgearbeitet werden. Die Informationsbroschüre richtet sich in erster Linie an die zuständigen Entscheidungsträger in Politik und Gesellschaft, mit denen es kürzlich erste Gespräche gegeben hat.

**Maike Pfalz**

alle bestehenden und gewünschten Beteiligungen Österreichs an internationalen Großforschungsinitiativen.<sup>+) Ziel dabei ist es, die Forschungsmöglichkeiten für österreichische Physiker an diesen Großprojekten zu verbessern.</sup>

+) Die Broschüre findet sich unter [www.oew.ac.at/fileadmin/NEWS/2016/PDF/GRO-FO-Think-Big-final.pdf](http://www.oew.ac.at/fileadmin/NEWS/2016/PDF/GRO-FO-Think-Big-final.pdf)

## ■ Die Schweiz lenkt ein

Die Schweiz stimmt der Freizügigkeit für Kroaten zu und kehrt zu Horizon 2020 und Erasmus zurück.

Die Schweiz nimmt seit dem Jahreswechsel wieder als „voll assoziiertes“, d. h. mit den EU-Staaten gleichberechtigtes Mitglied an Horizon 2020 und dem Erasmus-Programm teil. Die EU hatte im Herbst 2014 den Status ausgesetzt, nachdem eine von der rechtspopulistischen Partei SVP initiierte Volksabstimmung „Gegen Masseneinwanderung“ die geltenden Freizügigkeitsabkommen für das neue EU-Mitglied Kroatien unterband.<sup>1)</sup>

Die seither geltende Teilassoziierung erfolgte unter der Bedingung, dass die Schweiz der Freizügigkeit für alle EU-Bürger einschließlich Kroatien zustimmt. Das ist nun gelungen: Das neue Gesetz sieht

Maßnahmen zur bevorzugten Einstellung schweizerischer Arbeitssuchender („Inländervorzug“) vor. Damit sieht das Parlament den Auftrag der Volksabstimmung auch ohne formelle Einschränkung des Zuzugs aus den EU-Staaten erfüllt.

Die schweizerische Wirtschaft sowie Hochschulen und Forschungseinrichtungen reagierten sehr positiv. Die EU-Kommission will die weitere Entwicklung zwar „genau beobachten“, zeigte sich aber erleichtert. Kommissionspräsident Juncker sieht 2017 als „ein entscheidendes Jahr für die Vertiefung der bilateralen Beziehungen“ zwischen EU und Schweiz. Die SVP und die ihr nahestehende „Aktion für

eine unabhängige Schweiz“ (Auns) wollen dagegen in einer weiteren Volksabstimmung alle Verträge mit der EU zu Fall bringen. Gleichzeitig steht seit Ende 2015 eine Volksabstimmung der unabhängigen Initiative „Raus aus der Sackgasse“ an, die das fremdenfeindliche Votum von 2014 aufheben und die Beziehungen zur EU vertiefen will.<sup>2)</sup>

Der Konflikt gilt als Blaupause für den bevorstehenden Brexit. Ob die britischen Unterhändler wegen der erfolgreichen Verhandlungen der EU nachgiebiger werden oder die Brexit-Befürworter ihre Forderungen noch erhöhen, steht allerdings in den europäischen Sternen.

**Matthias Delbrück**

1) Physik Journal, Mai 2014, S. 11 und November 2014, S. 15

2) [www.initiative-rasa.ch](http://www.initiative-rasa.ch)